

Difu-Umfrage „Gesellschaftliche Vielfalt und Sicherheit in der Stadt“

Bitte bis zum **07.03.2019** zurücksenden an:

Deutsches Institut für Urbanistik
Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen
Herrn Gabriel Bartl
Zimmerstr. 13-15
10969 Berlin

Ganz kurz:

- Ihre Angaben unterliegen selbstverständlich dem Datenschutz.
- Bitte unterstützen Sie dieses Projekt mit der vollständigen Beantwortung des Fragebogens.

Rückfragen bitte an:

- Gabriel Bartl, Tel. +49 30 39001-144
- Niklas Creemers, Tel. +49 30 39001-161
vielfalt@difu.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führt derzeit eine Befragung zur Zusammenarbeit und Vernetzung kommunaler Akteur*innen durch, die an der Förderung eines guten und sicheren Zusammenlebens in sozialem Frieden und gesellschaftlicher Vielfalt arbeiten. Dazu befragen wir alle deutschen Städte und Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohner*innen. In den Kommunen sprechen wir jeweils verschiedene Ämter/Fachbereiche an (z.B. Ordnung, Stadtplanung, Wohnen, Soziales, Jugend, Integrationsbeauftragte).

Die Zunahme gesellschaftlicher Vielfalt beinhaltet zahlreiche Potenziale, kann aber auch Verunsicherungen und Konflikte in und um den öffentlichen Raum befördern. Damit treten unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zutage, die nicht ohne weiteres miteinander in Einklang gebracht werden können. Ziel des Projekts ist es, Sicherheitsstrategien zu entwickeln, die vor dem Hintergrund soziokultureller und ethnischer Vielfalt ein sicheres Wohnumfeld und das nachbarschaftliche Miteinander in Stadtquartieren stärken.

Mit der vorliegenden Befragung wollen wir herausfinden, wie und in welchen Strukturen Ihr Amt/Fachbereich mit anderen Ämtern/Fachbereichen und weiteren verwaltungsexternen/zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammenarbeitet, um in Quartieren mit hoher Vielfalt das nachbarschaftliche Miteinander zu fördern. Für den Tätigkeitsbereich von Wohnungsämtern könnte sich die Verzahnung von Vielfalt und Sicherheit etwa in der Erarbeitung sozial-integrativer Handlungsansätze äußern. Weitere Beispiele könnten Maßnahmen zur Vorbeugung von Segregation und Verdrängungseffekten sowie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus sein. Darüber hinaus könnten Maßnahmen wie die Verbesserung der Wohnbedingungen, dezentrale Wohnunterbringung für Geflüchtete der Perspektive unseres Projekts entsprechen.

Die Beantwortung der Fragen beansprucht etwa 15 Minuten. Bitte übermitteln Sie den Fragebogen per E-Mail an: vielfalt@difu.de. Sie können den Fragebogen auch ausdrucken, handschriftlich ausfüllen und diesen per Post an die oben angegebene Adresse senden.

Die Befragung wurde mit dem Deutschen Städtetag (DST) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) abgestimmt. Beide unterstützen diese Befragung.

Für Ihre Beantwortung des Fragebogens bedanken wir uns schon jetzt sehr herzlich bei Ihnen.

Das Forschungsvorhaben ist darauf angewiesen, dass nach der Erstbefragung eine Folgebefragung durchgeführt wird. Dafür bitten wir Sie um Ihre Einwilligung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Kontaktdaten für die Einladung zur Teilnahme an einer Folgebefragung gespeichert werden, um das Forschungsprojekt auch weiterhin zu unterstützen.

Name:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Ihre Einwilligung ist freiwillig. Sie können sie jederzeit postalisch oder per E-Mail (bartl@difu.de) widerrufen. Zudem haben Sie das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung, Löschung und Datenübertragbarkeit. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 lit. A EU-Datenschutzgrundverordnung.

Informationen zum Datenschutz:

Die Teilnahme an der Umfrage ist selbstverständlich freiwillig. Alle Einzeldaten werden streng vertraulich behandelt. Es erfolgt keine Weitergabe an Dritte. Hinweise zur Einhaltung des Datenschutzes und zur Datenverarbeitung finden Sie in der anliegenden Erklärung zum Datenschutz.

Angaben zu Ihrer Stadt / Gemeinde

Dienststellenbezeichnung:

PLZ Stadt / Gemeinde:

Häufigkeit der Zusammenarbeit

1. A. Wie oft hat ihr Amt/Fachbereich in den letzten Jahren bei Aufgaben im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit mit anderen Akteur*innen zusammengearbeitet?

B. Wie hat sich diese Zusammenarbeit in der jüngeren Zeit verändert?

| | A. Häufigkeit der Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahren | | | | B. Veränderung der Zusammenarbeit in den letzten 12 Monaten | | | Amt/Fachbereich <u>nicht</u> vorhanden |
|---|--|--------------|--------|-----|---|----------------|------------|--|
| | oft | gelegentlich | selten | nie | verstärkt | gleichbleibend | verringert | |
| Kommunale Akteur*innen | | | | | | | | |
| ⇒ Büro des/der (Ober)bürgermeisters/in | | | | | | | | |
| ⇒ Ordnungsamt bzw. Fachbereich Sicherheit und Ordnung | | | | | | | | |
| ⇒ Stadtplanungsamt bzw. Fachbereich für Stadtplanung und -entwicklung | | | | | | | | |
| ⇒ Sozialamt bzw. Fachbereich Soziales | | | | | | | | |
| ⇒ Jugendamt bzw. Fachbereich Jugend | | | | | | | | |
| ⇒ Schulamt bzw. Fachbereich Schule | | | | | | | | |
| ⇒ Grünflächenamt | | | | | | | | |
| ⇒ Tiefbauamt | | | | | | | | |
| ⇒ Integrationsbeauftragte/r | | | | | | | | |
| ⇒ Flüchtlingsbeauftragte/r | | | | | | | | |
| ⇒ Seniorenbeauftragte/r | | | | | | | | |
| ⇒ Flüchtlingskoordinator*innen | | | | | | | | |
| ⇒ Ausländerbehörde | | | | | | | | |
| Weitere Akteur*innen | | | | | | | | |
| ⇒ Polizei | | | | | | | | |
| ⇒ Quartiersmanagement | | | | | | | | |
| ⇒ Wohnungsunternehmen | | | | | | | | |
| ⇒ ÖPNV-Betreiber | | | | | | | | |
| ⇒ Kriminalpräventiver Rat | | | | | | | | |
| ⇒ Planungsbüros | | | | | | | | |
| ⇒ Schulen | | | | | | | | |
| ⇒ Jobcenter | | | | | | | | |
| ⇒ Migrant*innenorganisationen | | | | | | | | |
| ⇒ Religiöse Glaubensgemeinschaften | | | | | | | | |
| ⇒ Wohlfahrtsverbände | | | | | | | | |
| ⇒ Frauenorganisationen | | | | | | | | |
| ⇒ Jugendorganisationen | | | | | | | | |
| ⇒ Sonstige Vereine (Kultur, Sport etc.) | | | | | | | | |
| ⇒ Zivilgesellschaftliche Initiativen | | | | | | | | |
| ⇒ Private Sicherheitsdienstleister | | | | | | | | |
| Sonstige Akteur*innen | | | | | | | | |

Formen der Zusammenarbeit

2. Bitte erläutern Sie, in welchen Formen Ihr Amt/Fachbereich im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit mit anderen Akteur*innen zusammenarbeitet und wodurch sich diese Formen auszeichnen (z. B. Beteiligte, Besonderheiten des Austauschs)?

| | |
|------------|--|
| Beispiel 1 | |
| Beispiel 2 | |
| Beispiel 3 | |

Rollen und Funktionen Ihres Amtes/Fachbereichs bei der Zusammenarbeit

3. Welche Rollen und Funktionen übernimmt Ihr Amt/Fachbereich bei der Zusammenarbeit im Kontext von Fragen oder Aufgaben gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit?

| | trifft voll zu | trifft eher zu | trifft eher nicht zu | trifft gar nicht zu |
|--|-------------------|-------------------|-------------------------|------------------------|
| ⇒ Unser Amt/Fachbereich <i>initiiert</i> die Zusammenarbeit | | | | |
| ⇒ Unser Amt/Fachbereich <i>beteiligt</i> sich an der Zusammenarbeit | | | | |
| ⇒ Unser Amt/Fachbereich <i>koordiniert</i> die Zusammenarbeit anderer Akteur*innen | | | | |
| ⇒ Unser Amt/Fachbereich wirkt in anderer Weise an der Zusammenarbeit mit: | | | | |

Generelle Einschätzung der Bedeutung von Zusammenarbeit

4. Welche Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern/Fachbereichen im Kontext von Fragen oder Aufgaben gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit?

| | trifft voll zu | trifft eher zu | trifft eher nicht zu | trifft gar nicht zu |
|---|-------------------|-------------------|-------------------------|------------------------|
| ⇒ Die Zusammenarbeit mit anderen erzeugt eine nützliche Perspektivenvielfalt für die Bearbeitung von solchen Aufgaben | | | | |
| ⇒ Die Zusammenarbeit mit anderen führt zu einem unnötigen Verschleiß von zeitlichen Ressourcen | | | | |
| ⇒ Aufgaben und Konflikte in diesem Bereich lassen sich nur durch Zusammenarbeit von Ämtern/Fachbereichen behandeln | | | | |
| ⇒ Die Zusammenarbeit mit anderen erhöht die Komplexität bei der Suche nach pragmatischen Problemlösungen | | | | |

Konzepte und Maßnahmen, die in Zusammenarbeit umgesetzt wurden

5. Hat Ihr Amt/Fachbereich in Zusammenarbeit mit anderen Konzepten/Maßnahmen im Umgang mit Fragen zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit umgesetzt? Bitte nennen Sie Beispiele!

| | Beschreibung Konzept/Maßnahme: | In Zusammenarbeit mit: |
|------------|--------------------------------|------------------------|
| Beispiel 1 | | |
| Beispiel 2 | | |
| Beispiel 3 | | |

Hemmnisse bei der Zusammenarbeit

6. Gibt es bei der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern/Fachbereichen Faktoren, die eine Zusammenarbeit im Bereich von Fragen oder Aufgaben gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit erschweren?

ja nein
 Falls ja, welche sind das?

trifft voll zu trifft eher zu trifft eher nicht zu trifft gar nicht zu

⇒ Uns steht für die Zusammenarbeit *zu wenig Zeit* zur Verfügung

⇒ Für die Zusammenarbeit stehen *finanzielle Mittel* nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung

⇒ *Grenzen der Zuständigkeiten* der Ämter/Fachbereiche erschweren die Zusammenarbeit

⇒ Die Zusammenarbeit *hängt von den beteiligten Personen ab*

⇒ *Unterschiedliche Bewertungen von Problemen und Lösungen* durch Ämter/Fachbereiche erschweren die Zusammenarbeit

⇒ *Unterschiedliche Bewertungen von kommunalen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren* erschweren die Zusammenarbeit

⇒ Andere Faktoren, die die Zusammenarbeit beeinflussen:

Abschließende Anregungen

7. Haben Sie weitere Anregungen zum Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in der Kommune (z.B. Initiativen, Fragestellungen, Themen, Probleme), die in dieser Befragung nicht adressiert wurden?

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Erklärung zum Datenschutz und zur absoluten Vertraulichkeit Ihrer Angaben

Das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) (Verantwortlicher) und verarbeitet Ihre Daten ausschließlich zu Zwecken der wissenschaftlichen Forschung im oben genannten Projekt.

Wir verarbeiten von Ihnen Personenstammdaten (Vorname, Name, berufliche Anschrift) und Kommunikationsdaten (berufliche Kontaktdaten). Diese Daten stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen oder werden im Rahmen der Umfrage bei Ihnen abgefragt. Zudem werden im Rahmen der Umfrage weitere Datenkategorien erfasst. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 lit. a und f EU-Datenschutzgrundverordnung.

Es wird zugesichert, dass alle einschlägigen Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten werden. Dies bedeutet insbesondere:

- Die Teilnahme an der Befragung ist selbstverständlich freiwillig. Um ein größtmögliches Maß an Anonymität zu gewährleisten, verzichten wir auf die Rücksendung einer unterschriebenen Einwilligungserklärung. Bitte lesen Sie sich daher diese Erklärung sowie die Erläuterungen zum Forschungsprojekt sorgfältig durch. Entscheiden Sie dann, ob Sie teilnehmen möchten oder nicht. Falls Sie den beiliegenden Fragebogen zurücksenden oder das Onlineformular ausfüllen, gehen wir davon aus, dass Sie freiwillig an der Befragung zu Forschungszwecken teilnehmen möchten. Durch eine Nichtteilnahme entstehen Ihnen keine Nachteile.
- Das Forschungsvorhaben ist so konzipiert, dass nach der Erstbefragung eine Folgebefragung vorgesehen ist. Darum bitten wir Sie auf einem gesonderten Blatt um die Einwilligung, ihre Kontaktdaten für die Einladung zu einer Folgebefragung zu speichern.
- Die personenbezogenen Daten bleiben stets von Ihren Angaben zu den Fragen des Fragebogens getrennt. Erfolgen Angaben auf dem Fragebogen selbst, werden diese aus dem auszuwertenden Datensatz gelöscht und in einen separaten Datensatz überführt. Eine Verknüpfung beider Datensätze ist nur mittels einer gesonderten Ordnungszahl möglich. Eine Verknüpfung erfolgt nur, wenn dies im Sinne guter wissenschaftlicher Praxis erforderlich ist.
- Die personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte übermittelt oder diesen zur Kenntnis gegeben.
- Die Forschungsergebnisse werden in wissenschaftlich üblicher Form veröffentlicht. Niemand kann aus den Ergebnissen erkennen, von welcher Person die Angaben gemacht wurden. Natürlich erfährt auch niemand, ob Sie an der Erhebung teilgenommen haben oder nicht.
- Wir löschen Ihre Daten zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens dann, wenn es nach den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis erforderlich ist.

Recht im Zusammenhang mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten:

- Sie können jederzeit Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten erhalten.
- Die Einwilligung kann ohne Angaben von Gründen verweigert werden (Nichtteilnahme) oder mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Falls Sie an der Erhebung teilgenommen haben oder nachträglich widersprechen wollen, so wenden Sie sich bitte an Herrn Gabriel Bartl (Email: bartl@difu.de / Telefon: +493039001144). Im Falle des Widerrufs werden Ihre Daten, sofern sie sich im Verfahrensablauf noch Ihrer Person zuordnen lassen, selbstverständlich unverzüglich gelöscht.
- Sie können unter den gesetzlichen Voraussetzungen Auskunft, Berichtigung, Löschung oder die eingeschränkte Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, der Verarbeitung widersprechen oder Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit geltend machen (per E-Mail an datenschutz@difu.de oder postalisch).